

KOMMENTAR

Google-Daten

Nehmen, was man kriegen kann

VON STEPHAN ZENKE

Kleinlaut wie ein Schüler, der beim Abschreiben erwischt worden ist, gibt der Weltkonzern Google jetzt zu, über Monate hinweg Datenschnipsel aus privaten W-LAN Funknetzwerken gespeichert zu haben. Die Amerikaner sind sehr sorry, dass ihre Street-View Kamera-Autos beim Fotografieren von Deutschlands Straßenzügen angeblich durch einen Programmfehler auch noch Mails oder anderes abgehört haben. Panne hin, Versehen her, jetzt muss endlich gehandelt werden. Denn längst geht es nicht mehr nur alleine um den Suchmaschinen-Giganten.

Der jüngste Zwischenfall macht klar, was manche amerikanischen Konzerne von Datenschutz und Privatsphäre halten: Recht wenig. Sie nehmen an Nutzerdaten was sie technisch kriegen können, verknüpfen es nach Belieben zu ihrem Geschäftsvorteil, und verkaufen das ganze auch noch als Fortschritt. Wann begreifen das endlich sowohl jene Surfer, die bedenkenlos die Dienste solcher Unternehmen nutzen, als auch die Politiker jenseits der seit langem warnenden Datenschutzbeauftragten? Auf Google kommen jetzt einige unangenehme Fragen zu.

Was wurde genau an Daten gesammelt, wo liegen diese Informationen jetzt und wer hat darauf Zugriff? Wie konnte es passieren, dass ein laut Google »experimentelles« Programm seinen Weg in die Street-View Autos gefunden hat? Auf die Antworten sind alle, die das Internet nutzen, ohne ihren gesunden Menschenverstand unter die Mausmatte zu klicken, gespannt, sind aber gut beraten es dabei nicht zu belassen.

Einem geschenkten Gaul schaut man online besser ins Maul, liest das Kleingedruckte und die Datenschutzhinweise. Wer würde freiwillig nackt durch die Fußgängerzone laufen, bloß weil's irgendwas kostenlos gibt? Keiner! Im Internet tun das immer noch viel zu viele.

stephan.zenke@gea.de

Ohne Bundesrat zu Längeren Laufzeiten?

BERLIN. Nach dem Vorstoß aus dem Kanzleramt für eine Atom-Laufzeitverlängerung ohne Beteiligung des Bundesrates zeichnet sich ein heftiger Parteienstreit ab. Bei der Ankündigung eines »zustimmungsfreien Gesetzes« handelte es sich um »juristische Winkelzüge« von Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, kritisierten die Grünen. Die SPD sieht die Bundesregierung im »Lobby-Gestrüpp« der Atomindustrie. Im Einklang mit mehreren CDU-Ministerpräsidenten erklärte Pofalla, eine Zustimmung des Bundesrates sei nicht erforderlich. Auch die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder sei damals bei ihrem Atomkonsens so vorgegangen. (dpa)

IN KÜRZE

BA bald ohne Staatszuschüsse?

NÜRNBERG. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) will ohne Staatszuschüsse auskommen. Ein ausgeglichener Haushalt sei bereits 2011 möglich. Voraussetzung sei jedoch, dass das Bundesverfassungsgericht den sogenannten Eingliederungsbeitrag kippt. Mit jährlich mehr als fünf Milliarden Euro beteiligt der Bund die Bundesagentur am ALG II. (dpa)

Seipenbusch bleibt Parteichef

BINGEN. Der Vorsitzende der Piratenpartei, Jens Seipenbusch, ist in seinem Amt bestätigt worden. Der 41 Jahre alte Diplom-Physiker erhielt am Wochenende auf einem Parteitag in Bingen 52,6 Prozent der gültigen Stimmen. (apn)

Bombendrohung im Airbus war falscher Alarm

VANCOUVER/NEW YORK. Es war falscher Alarm: Nach einer telefonischen Bombendrohung haben kanadische Kampfflugzeuge einen Airbus A340 der Hongkonger Fluggesellschaft Cathay Pacific bis zur Landung in Vancouver eskortiert. An Bord wurde jedoch nichts Verdächtiges gefunden, wie eine

Sprecherin der kanadischen Polizei am Samstag nach Angaben des Fernsehsenders CTV sagte. Es sei auch niemand festgenommen worden.

Die Bombendrohung sei »sehr ernst genommen« worden, sagte die Sprecherin Sherridean Turley weiter. Die Polizei untersuche den Vorfall. In der

Maschine von Hongkong nach Vancouver saßen 283 Passagiere und 14 Besatzungsmitglieder. Die Passagiere konnten den Flughafen erst mehrere Stunden nach der Landung verlassen. Ein Fluggast sagte, er habe Angst gehabt, als er einen Kampfjet durch das Flugzeugfenster gesehen habe. (dpa)

Iran lässt Französin frei

PARIS/TEHERAN. Fast elf Monate war sie im Iran wegen des Vorwurfs der Spionage festgehalten worden, jetzt ist die 24-jährige Französin Clotilde Reiss wieder in ihrer Heimat. Sie traf am Sonntag in Paris ein. Gleich nach ihrer Landung wurde sie mit ihrer Familie von Präsident Nicolas Sarkozy empfangen.

Der Fall hatte zu erheblichen Spannungen im Verhältnis zwischen Frankreich und dem Iran geführt. Unterdessen wies Außenminister Bernard Kouchner Vermutungen zurück, die Ausreise der Universitätsdozentin sei durch die Freilassung eines in Paris inhaftierten Iraners erreicht worden. (dpa)



Thailand steht am Rande der Anarchie: Verletzte Kämpfer im Zentrum Bangkoks auf der Flucht vor den Schüssen des Militärs.

FOTO: AP

Regierung in Bangkok lehnt Bedingungen der »Rothemden« ab

BANGKOK. Die Regierung in Thailand hat am Sonntag ein Verhandlungsangebot der Protestbewegung abgelehnt. Es gebe keinen Grund für einen Rückzug der Armee. Die Führung der »Rothemden« hatte sich zuvor zu einem Abzug aus dem Stadtzentrum bereit erklärt, falls sich die Regierung zu einer sofortigen Waffenruhe und einem Truppenabzug bereit erkläre.

Nach dreitägigen Straßenschlachten mit 30 Toten werden die noch etwa 5 000 Demonstranten in Bangkok von Soldaten belagert. Entgegen ursprünglicher Überlegungen verzichtete die Regierung aber am Sonntag auf ein Ausgangsverbot in der von zehn Millionen Menschen bewohnten Hauptstadt Bangkok. Die Schulen bleiben am Montag geschlossen.

Eine schwarze Rauchwolke hing am Sonntag über dem Stadtzentrum. Die im Einkaufsviertel Rajprasong auf einer Fläche von drei Quadratkilometern verbarrikadierten Regierungsgegner setzten Barrikaden aus Autoreifen in Brand. Ein Posten der Verkehrspolizei wurde in Brand gesetzt. Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva verteidigte den Militäreinsatz gegen die Regierungsgegner. (apn)

Finanzkrise – Wegen Ankauf von Schrottpapieren Rücktritt von EZB-Präsident Trichet gefordert. Österreichs Finanzminister Pröll will europäische Schuldenbremse

»Fallbeil für den Euro«

BERLIN. Der Ankauf von maroden Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) sorgt anhaltend für Zündstoff. Der FDP-Finanzexperte Frank Schäffler forderte am Sonntag als Konsequenz den sofortigen Rücktritt von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet. Bundesbankchef Axel Weber müsse jetzt das Amt von Trichet übernehmen und nicht erst 2011, verlangte der FDP-Obmann im Bundestags-Finanzausschuss. Die EZB sei in der größten Vertrauenskrise ihrer Geschichte, für die Trichet die Verantwortung trage.

Weiter sagte der FDP-Politiker dem »Handelsblatt«: »Der Ankauf von Schrottpapieren ist das Fallbeil für den Euro. Wenn das so weitergeht, kauft die EZB bald auch alte Fahrräder auf und gibt dafür neue Geldscheine raus. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.«

Auch der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) äußerte sich kritisch über die EZB. Der Ankauf von Staatsanleihen zur Stabilisierung des Euro sei keine Dauerlösung, sagte er dem

»Tagesspiegel«. Die Geldpolitik der EZB sei zwar in diesen Tagen notwendig, müsse aber mittelfristig auch wieder zurückgeführt werden können.

Oettinger von Ausmaß überrascht

Er zeigte sich dennoch davon überzeugt, dass sowohl die Dimension des am vergangenen Wochenende beschlossenen Euro-Rettungspaketes als auch der umstrittene Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB »notwendig und alternativlos« gewesen seien. Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident gab aber zu, dass es vor Beginn der Euro-Krise für ihn unvorstellbar gewesen sei, »dass die Europäische Zentralbank Staatsanleihen kauft, die nicht mehr die notwendige Bonität haben.«

Trichet selbst verteidigte die Entscheidung der EZB. »Mitnichten haben wir den Staats- und Regierungschefs nachgegeben. Bei unserer Entscheidungsfindung fließt allein unsere eigene Beurteilung der Situation ein. Wir hören nicht

auf die »Empfehlungen« der Regierungen, Märkte und Tarifparteien«, sagte er dem »Spiegel«.

Eine inflationäre Wirkung dieser Maßnahmen bestritt er. »Wir schöpfen die zusätzliche Liquidität wieder vollständig ab, jeden einzelnen Euro«, versprach Trichet. Der EZB-Präsident trat zudem dem Eindruck entgegen, dass sich die Geldpolitik geändert habe: »Wir haben nie eine Sekunde gezögert, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, um Preisstabilität zu gewährleisten.«

Österreichs Vizekanzler Josef Pröll forderte eine europäische Schuldenbremse. »Dies würde zu einer klaren Deckelung von neuen Schulden, zu strikter Haushaltsdisziplin und letztlich zu ausgeglicheneren Haushalten in Europa führen«, sagte Pröll, der auch Finanzminister in seinem Land ist, der Tageszeitung »Die Welt«. Eine Schuldenbremse würde allen EU-Ländern helfen, ihre Haushalte zu sanieren, zugleich werde Spekulant der Nährboden für ihre Geschäfte entzogen. (apn/dpa)

Ökumene – Miteinander von Katholiken und Protestanten ist in den Gemeinden viel weiter als bei der Amtskirche

Der Kirchentag endet fröhlich

MÜNCHEN. Das Wetter ist kühl, die Stimmung dafür umso herzlicher: Mit einem fröhlichen Gottesdienst unter freiem Himmel ist am Sonntag der 2. Ökumenische Kirchentag in München zu Ende gegangen. Unter bunten Regenschirmen und mit dicken Jacken feiern rund 100 000 Menschen auf der Theresienwiese bei Nieselregen und Kälte. »Die Ökumene ist wetterfest«, rief der katholische Kirchentagspräsident Alois Glück den Gläubigen zu und forderte mit dem evangelischen Präsidenten Eckhard Nagel auf: »Lasst uns gemeinsam einen neuen Aufbruch wagen!« Jubel in der Menschenmenge – hoffen viele Gläubige doch auf neue Etappen der Ökumene auf Ebene beider Amtskirchen.

In einem sind sich die meisten Kirchentagsbesucher einig: Das Miteinander von Katholiken und Protestanten ist in den Gemeinden schon viel weiter. »Die Kirche oben muss sich beeilen, um nachzukommen«, so empfindet es Beate Wegner aus dem Ruhrgebiet. Hoffnung vieler ist die Mahlgemeinschaft beider Konfessionen: »Die gemeinsame Eucharistiefeier ist auch von uns Katholiken gewünscht«, sagte der 25-jährige Gabriel Rahm, der in der traditionellen Festkleidung seiner katholischen Studentenverbindung erschienen ist. Anders als beim Auftaktgottesdienst war die Stimmung nach fünf Tagen voller Gespräche und Gemeinschaftserlebnisse entspannt, fröhlich und feierlich. (dpa)



Neue Rolle als Aschenputtel

KARIKATUR: JANSON

Redaktion Politik/Nachrichten

Tel. 071 21/302-0 Fax 071 21/302-677

-311 Christoph Irion (iri)

-313 Jürgen Rahmig (jr)

-312 Roland Bengel (rob)

E-Mail: politik@gea.de